

Pressemitteilung, Berlin, 2. September 2016

Mehr Klimaschutz in der Land- und Forstwirtschaft sowie den nachgelagerten Bereichen Ernährung und Holzverwendung ist nötig und möglich!

Die Wissenschaftlichen Beiräte für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE) und für Waldpolitik (WBW) beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) übergeben heute ihr gemeinsames Gutachten „*Klimaschutz in der Land- und Forstwirtschaft sowie den nachgelagerten Bereichen Ernährung und Holzverwendung*“ an Bundesminister Christian Schmidt (BMEL).

Zur Vermeidung unabsehbarer negativer Auswirkungen des Klimawandels auf Ökosysteme und die Gesellschaft sind einschneidende Reduzierungen der weltweiten Emissionen von Treibhausgasen (THG) erforderlich. Die ambitionierten Klimaschutzziele Deutschlands und der EU, die THG-Emissionen um mindestens 80 % bis 95 % bis 2050 im Vergleich zu 1990 zu reduzieren, lassen sich nur durch eine tiefgreifende Transformation des gesamten Energie- und Wirtschaftssystems umsetzen. Die Wissenschaftlichen Beiräte WBAE und WBW befürworten ambitionierte Emissionsziele und sprechen in ihrem gemeinsamen Gutachten Empfehlungen für Politikmaßnahmen aus, mit denen substantielle Beiträge zur Senkung der Treibhausgasemissionen und zur Bindung von Kohlenstoff in den Sektoren Landwirtschaft und Ernährung sowie Forstwirtschaft und Holzverwendung erreicht werden können. Maßnahmen mit besonders hohem Klimaschutzpotenzial sind die produktive Nutzung des Waldes, was eine Erhöhung des Nadelbaumanteils in der Verjüngung einschließt, der Schutz von derzeit landwirtschaftlich genutzten Mooren, die Reduzierung des Konsums tierischer Produkte, die Nutzung schnellwachsender Baumarten aus landwirtschaftlicher Produktion, die Erhöhung der stofflichen Nutzung von Holz in langlebigen Produkten und eine Verbesserung der Stickstoffeffizienz der Düngung.

Deutschlands Treibhausgasemissionen betragen im Jahr 2014 insgesamt 903 Mio. t CO₂-Äquivalente. Die Landwirtschaft trägt 11 % zu diesen Emissionen bei. Die ernährungsbedingten THG-Emissionen, die Emissionen aus der Landwirtschaft einschließen, liegen in der Größenordnung von einem Viertel der gesamten THG-Emissionen Deutschlands. Im Gegensatz dazu bewirken Forstwirtschaft und Holzverwendung durch die Speicherung von Kohlenstoff in Wäldern und Holzprodukten eine Reduktion der THG-Emissionen, ohne die die deutschen THG-Emissionen um 14 % höher ausfallen würden. „Betrachtet man diese Zahlen, so ist es offensichtlich, dass die langfristigen Klimaschutzziele Deutschlands nicht ohne erheblich stärkere Anstrengungen der Land-, Forst- und Holzwirtschaft sowie der Konsumenten von Lebensmitteln realisiert werden können. Hierfür gibt es ein großes Potenzial“, so Prof. Peter Weingarten, Leiter des Thünen-Instituts für Ländliche Räume, unter dessen Federführung das Gutachten erarbeitet wurde.

Die Beiräte betonen in ihrem Gutachten, dass die Klimaschutzanstrengungen kompatibel zu transsektoralen europäischen und nationalen Klimaschutzstrategien sein sollten. Zudem sollten sie in internationale Klimaschutzabkommen eingebettet sein, ohne die ein wirksamer Klimaschutz kaum möglich ist. Vor diesem Hintergrund schlagen die Beiräte eine Reihe von Maßnahmen vor, die besonders wirksame Beiträge zur Emissionsreduktion bzw. Kohlenstoffspeicherung darstellen, auch wenn einige davon erst sehr langfristig wirksam werden.

„Die größten Potenziale zur Stärkung der Klimaschutzleistung des Waldes und seiner Produkte liegen weiterhin in deren nachhaltigen und effizienten Nutzung. Besonders wichtig sind hierfür intakte Böden, stabile Wälder mit einem hohen Nadelbaumanteil und eine vermehrte stoffliche Nutzung von Holz in Form von langlebigen Produkten“, sagt Prof. Jürgen Bauhus (Universität Freiburg), der zweite federführende Autor des Gutachtens. „Dieses Ergebnis unserer Analysen birgt ein hohes Konfliktpotenzial, denn in den vergangenen Jahrzehnten wurde in der Forstwirtschaft sehr viel investiert, um den Laubholzanteil, insbesondere zum Schutz der Biodiversität, zu erhöhen. Gleichzeitig zeigt unser Gutachten, dass es neben der stofflichen Verwendung von Nadelholz klimapolitisch auch wichtig ist, neue, langlebige Produkte aus Laubholz zu entwickeln, die andere energieintensiv hergestellte Materialien ersetzen. Dies erhöht die Klimaschutzwirkung im Vergleich zu der heute weit verbreiteten direkten energetischen Verwendung (Verbrennung) von Laubholz.“

Im Bereich der Landwirtschaft empfehlen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler insbesondere den Schutz landwirtschaftlich genutzter Moore und des Grünlandes, die Verbesserung der Stickstoffeffizienz der Düngung und den Anbau von schnellwachsenden Baumarten. In den häufig propagierten Maßnahmen Biokraftstoffproduktion, Ausdehnung des ökologischen Landbaus und Substitution von importierten Sojafuttermitteln durch im Inland erzeugte Körnerleguminosen sehen die Beiräte keinen eindeutigen Beitrag zum Klimaschutz.

Landwirtschaftlich genutzte Moorflächen stellen Hotspots der Treibhausgasemissionen dar. Auf 5 % der landwirtschaftlichen Fläche Deutschlands wird rund die Hälfte der Treibhausgasemissionen der landwirtschaftlichen Bodennutzung freigesetzt. Daher empfehlen die Beiräte, dass eine Moorschutzstrategie erarbeitet wird, die die regional unterschiedlichen THG-Vermeidungskosten und Auswirkungen auf andere Ziele wie Natur- und Wasserschutz berücksichtigt. Neben einer Definition der guten fachlichen Praxis der landwirtschaftlichen Nutzung von Moorflächen sollte die Moorschutzstrategie bei besonders schutzwürdigen Flächen auch deren Wiedervernässung und die Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzung beinhalten, soweit dies zu vertretbaren Kosten und sozial verträglich möglich ist.

Auch der Einsatz von Stickstoffdüngern zählt zu den wichtigsten Ursachen landwirtschaftlicher Treibhausgasemissionen. Daher empfehlen die Beiräte der Bundesregierung und dem Bundesrat dringend, das Düngerecht zügig zu novellieren, und den Ländern, für eine wirksame Durchsetzung des Düngerechts zu sorgen. Eine Reduzierung der Stickstoffüberschüsse in der Landwirtschaft trägt nicht nur zum Klimaschutz bei, sondern auch zur Erreichung weiterer Umweltziele, wie z. B. dem Grundwasser- und Biodiversitätsschutz.

Neben dem Grünlandschutz stellt die Ausweitung des Anbaus schnellwachsender Baumarten auf bisher ackerbaulich genutzten Flächen eine weitere wichtige Maßnahme für den Klimaschutz dar. Der Anbau landwirtschaftlich basierter Biomasse wie Raps oder Mais zum alleinigen Zweck einer energetischen Nutzung stellt keine sinnvolle Klimaschutzmaßnahme dar. Die derzeitige Förderung von Biogas und Biokraftstoffen aus eigens dafür angebauten Kulturen sollte daher unter Wahrung eines angemessenen Vertrauensschutzes abgeschafft werden.

Die Beiräte betonen, dass angesichts der günstigen klimatischen Produktionsbedingungen in Deutschland und weltweit knapper werdenden Flächen Klimaschutz in der Land- und Forstwirtschaft nicht zu einer flächendeckenden Verringerung der Produktionsleistung im Inland führen sollte. Dies würde zu einer Verlagerung der Produktion und von THG-Emissionen ins Ausland führen.

„Ein wirksamer Klimaschutz erfordert auch deutliche Änderungen im Lebensmittelkonsum. Im Vordergrund des ernährungsbezogenen Klimaschutzes steht nicht die Verringerung des Pro-Kopf-Verbrauchs, sondern die Verlagerung des Konsums auf klimafreundlichere Lebensmittel“, betont Prof. Ulrike Arens-Azevedo (Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg). Die Beiräte empfehlen daher Bund und Ländern, das Gestaltungsfeld der Konsumsteuerung aktiver zu besetzen und dabei über Informations- und allgemeine Bildungskampagnen hinauszugehen. Eine Reduzierung des Verzehrs tierischer Produkte und die Verringerung von Lebensmittelabfällen haben besonders hohe Klimaschutzpotenziale. Die Beiräte empfehlen, für tierische Produkte die Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes abzuschaffen und dies sozialpolitisch zu flankieren. Die öffentliche Gemeinschaftsverpflegung sollte eine Vorreiterrolle auf dem Weg zu einer klimafreundlichen Ernährung einnehmen.

„Wir sind uns bewusst, dass die notwendige Transformation zu einer Landwirtschaft und Ernährung mit erheblich reduzierten Treibhausgasemissionen Jahrzehnte beanspruchen wird. Sie sollte daher als langfristiger Lern- und Anpassungsprozess aufgefasst werden“, sagt Prof. Harald Grethe (Humboldt-Universität Berlin), Vorsitzender des WBAE. „Gerade weil einige der Klimaschutzmaßnahmen mit hohem Minderungspotenzial lange Zeiträume benötigen, um ihre volle Wirkung zu entfalten (z. B. der Baumartenwechsel oder Moorschutz), ist es dringend geboten, zügig mit der Umsetzung zu beginnen“, betont Prof. Hermann Spellmann (Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt Göttingen), Vorsitzender des WBW.

Ansprechpartner:

klimagutachten@presse-wbae-wbw.de

Prof. Dr. Peter Weingarten (Federführung für das Gutachten, Fokus Landwirtschaft und Ernährung), Tel. 0531 596 5501, peter.weingarten@thuenen.de

Prof. Dr. Jürgen Bauhus (Federführung für das Gutachten, Fokus Forst- und Holzwirtschaft), Tel. 0761 203 3678, juergen.bauhus@waldbau.uni-freiburg.de

Prof. Dr. Harald Grethe (Vorsitzender des WBAE), Tel. 030 2093 46810, grethe@hu-berlin.de

Prof. Dr. Hermann Spellmann (Vorsitzender des WBW), Tel. 0551 69401-123, hermann.spellmann@nw-fva.de

Download des Gutachtens und der Kurzfassung:

<http://www.bmel.de/DE/Ministerium/Organisation/Beiraete/Texte/AgrOrganisation.html>

<http://www.bmel.de/DE/Ministerium/Organisation/Beiraete/Texte/WaldpolitikOrganisation.html>

Informationen zum WBAE:

Der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (**WBAE**) ist interdisziplinär besetzt und unterstützt das Ministerium bei der Entwicklung seiner Politik in diesen Bereichen. Das unabhängige Gremium arbeitet auf ehrenamtlicher Basis und erstellt Gutachten und Stellungnahmen.

<http://www.bmel.de/DE/Ministerium/Organisation/Beiraete/Texte/AgrOrganisation.html>

Informationen zum WBW:

Der Wissenschaftliche Beirat für Waldpolitik (**WBW**) berät und unterstützt die Bundesregierung bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder. Der Beirat ist mit Vertretern verschiedener wissenschaftlicher Fachdisziplinen besetzt, die die gesellschaftlichen Anforderungen an den Wald widerspiegeln.

<http://www.bmel.de/DE/Ministerium/Organisation/Beiraete/Texte/WaldpolitikOrganisation.html>